

FDP

Liberale
Fraktion



FDP-Liberale Fraktion
der Bundesversammlung
Neuengasse 20
Postfach
CH-3001 Bern

+41 (0)31 320 35 35
www.fdp.ch
info@fdp.ch
/fdp.dieliberalen
@FDP_Liberalen

Wir wollen gemeinsam weiterkommen

Bilanz der FDP-Liberale Fraktion der Legislatur 2015 – 2019

1. Echte Nachhaltigkeit als Prüfstein für die Schweizer Politik

Die FDP-Liberale Fraktion hat in der zu Ende gehenden Legislatur 2015-2019 ihre politischen Zielsetzungen konsequent anhand den liberalen Kernwerte Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt ausgerichtet und zu grossen Teilen auch erreicht. Dabei hat die FDP Mehrheiten für eine liberale und marktwirtschaftliche Politik situativ gesucht und fast immer erfolgreich gefunden. Anstatt einer weiteren Polarisierung wurden damit zielführende Kompromisse zugunsten des Erfolgsmodells Schweiz erarbeitet. Die FDP konnte sich während dieser Legislatur immer stärker als liberalen Pol positionieren, der die politische Debatte prägt.

Basis dieser erfolgreichen Legislatur war eine breit aufgestellte FDP-Liberale Fraktion, die dank dem Wahlerfolg im Herbst 2015 gestärkt auftreten konnte. Der Erfolg der Fraktion lässt sich sowohl quantitativ wie auch qualitativ messen. Die Abstimmungsauswertungen zeigen, dass die FDP im Nationalrat zur entscheidenden Partei geworden ist und mehr Einfluss erhalten hat, weil sie Allianzen flexibel mit allen Parteien schliessen konnte. Das Resultat davon: Die FDP war bei 94% aller Gesamt- und Schlussabstimmung bei den Siegern. Ein vergleichbares Ergebnis zeigt sich auch bei den Volksabstimmungen, von denen wir bei 94% aller Abstimmung und damit so oft wie keine andere Partei auf der Gewinnerseite standen (*im Anhang III*). Diese Dominanz schlägt entsprechend auch bei den einzelnen Dossiers durch.

Im Sinne einer umfassenden Definition von Nachhaltigkeit hat sich die FDP-Fraktion in dieser Legislatur dafür eingesetzt, dass politische Lösungen immer sowohl ökologisch, ökonomisch wie auch gesellschaftlich nachhaltig sind. Dieses Kriterium wurde von vielen Vorlagen erfüllt, jedoch nicht von allen. In den vier Schwerpunkten dieser Legislatur – Beziehungen zur EU, Altersvorsorge, Steuerpolitik wie auch Energie, Klima und Umwelt – zeigte sich, dass Nachhaltigkeit zum echten Prüfstein für die Schweizer Politik geworden ist. So konnte beispielsweise die Altersvorsorge 2020 weder gesellschaftlich noch ökonomisch überzeugen. Entsprechend konsequent wurde sie von der FDP und später vom Stimmvolk abgelehnt. Die STAF-Vorlage hingegen kam durch einen typisch schweizerischen Kompromiss zustande und konnte die Bevölkerung als nachhaltigere Lösung gegenüber der ursprünglichen Unternehmenssteuerreform III (USR III) überzeugen. Der Weg zugunsten einer nachhaltigen Klimapolitik hingegen ist weiterhin steinig, da sie oft nur aus der ideologischen Perspektive betrachtet wird. Bei der Totalrevision des CO₂-Gesetzes wird die FDP alles dafür tun, um am Schluss einen Kompromiss zu finden, der sowohl ökologisch, ökonomisch und gesellschaftlich annehmbar ist und somit auch eine mögliche Referendumsabstimmung überstehen kann.

Nicht nur aus Sicht der Fraktionsarbeit war diese Legislatur ein Erfolg. Auch bezüglich der Zusammensetzung des Bundesrates konnte die FDP mit der Neuwahl von zwei Bundesräten überzeugen. Auch wenn die Fussstapfen der beiden bisherigen Bundesräte, Didier Burkhalter und Johann Schneider-Ammann, sehr gross waren, konnten mit den neuen Bundesräten, Ignazio Cassis und Karin Keller-Sutter, zwei sehr überzeugende Persönlichkeiten gefunden werden. An dieser Stelle dankt die Partei und die

PLR
Les Libéraux-Radicaux

PLR
I Liberali

PLD
Ils Libéraux

Fraktion beiden alt-Bundesräten herzlich für ihr aussergewöhnliches Engagement im Dienst der Partei, unseres Landes und seiner Bürgerinnen und Bürger. Mit BR Ignazio Cassis konnte endlich wieder das Tessin Einsitz im Gremium nehmen und mit BR Karin Keller-Sutter ist die FDP wieder mit einer Frau in der Regierung vertreten. Mit dem Vorsitz in den Schlüssel-Departementen EDA und EJPD wird die FDP weiterhin dazu beitragen, dass die Schweiz als Standort attraktiv, sicher und kompetitiv bleibt. So garantieren wir auch in Zukunft Arbeitsplätze und Wohlstand. Diese Aufgabe wird in der kommenden Legislatur sicherlich nicht einfacher, da sowohl auf nationaler wie auch auf internationaler Ebene dunkle Wolken aufziehen. Entsprechend konsequent wird sich die FDP als liberaler Pol dafür einsetzen, dass die Schweiz gemeinsam weiterkommt und die Chancen der Zukunft wahrnehmen kann.

2. Erfolge und Ziele der FDP-Liberale Fraktion

Obwohl eine deutlich stärkere Polarisierung und Polemisierung in den parlamentarischen Debatten zu beobachten ist, zeigt auch diese Legislatur, dass eine konsensorientierte Politik zielführend ist. Das beweisen unsere Erfolge und die Vielzahl von verabschiedeten Vorlagen, der die FDP ihren Stempel aufdrücken konnte. Auch in der nächsten Legislatur wird sich die FDP-Liberale Fraktion dafür einsetzen dass konstruktive und reformorientierte Lösungen zugunsten des Erfolgsmodells Schweiz erarbeitet werden.

I. Europapolitik: Sicherung des bilateralen Wegs

Die FDP hat als einzige Partei den Bilateralen Weg immer ohne Wenn und Aber unterstützt. Er sichert sowohl für die Unternehmen wie auch für die Bevölkerung den zentralen Zugang zum europäischen Binnenmarkt. Dieser ist unentbehrlich, weil die EU in wirtschaftlicher, (sicherheits-)politischer und kultureller Hinsicht unser wichtigster Partner ist. Diese Position hat die FDP wiederholt untermauert, zuletzt im [Positionspapier](#) „Eckpunkte einer selbstbewussten Europapolitik“ im Sommer 2018. Auch in dieser Legislatur hat sich die Fraktion wirksam für diesen Themenschwerpunkt eingesetzt.

› Bilanz der Legislatur:

Nach der Annahme der Masseinwanderungsinitiative durch das Stimmvolk in der letzten Legislatur übernahm das Parlament im Frühjahr 2016 unter der Federführung der FDP das Zepher in der Umsetzung. Ziel der FDP war, die mehrfach direktdemokratisch abgestützten Bilateralen zu sichern und gleichzeitig die Zuwanderung zu bremsen. Der Schlüssel dazu ist der Inländervorrang, der inländischen Arbeitskräften bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt verschafft. Durch die bessere Ausschöpfung des inländischen Arbeitskräftepotenzials müssen Firmen weniger im Ausland rekrutieren, im Ergebnis sinkt die Zuwanderung in den Schweizer Arbeitsmarkt. Ferner wurden mit der Umsetzungsgesetzgebung die Kriterien für den Aufenthalt in der Schweiz (für Personen aus dem EU/EFTA-Raum) und der Bezug von Sozialleistungen auf Gesetzesstufe konkretisiert. Damit hat der Gesetzgeber die langjährige Forderung der FDP, wonach der Aufenthalt in der Schweiz an die Arbeitnehmereigenschaft gebunden ist, bestätigt.

Neben der MEI wurde in dieser Legislatur die neue Schengen-Waffenrichtlinie zu einem weiteren Prüfstein für das bilaterale Verhältnis Schweiz-EU. Als Schengen-Mitglied muss die Schweiz den Schengen-Acquis nachvollziehen, andernfalls droht die Auflösung der Schengen/Dublin-Assoziation. Die FDP hat sich erfolgreich für eine möglichst schlanke Überführung der EU-Waffenrichtlinie ins Schweizer Recht eingesetzt. Dank der FDP wurden die bürokratischen Hürden für Schützinnen und Schützen im Vergleich zum bundesrätlichen Entwurf deutlich gesenkt. Das in pragmatischer Weise revidierte Waffenrecht trägt sowohl den sicherheits- und migrationspolitischen Interessen

der Schweiz wie auch unseren Traditionen Rechnung. Die Bevölkerung honorierte die Arbeiten des Parlaments und lehnte das Referendum gegen das neue Waffenrecht mit 63,7% deutlich ab.

› **Ziele der nächsten Legislatur:**

Das Europadossier wird das Parlament in der neuen Legislaturperiode vom ersten Tag an umtreiben. Einerseits gilt es die FZA-Kündigungsinitiative konsequent zu bekämpfen, deren Annahme aufgrund der Verknüpfung mit den Bilateralen I zum Ende des bilateralen Weges führen würde. Diese Initiative ist brandgefährlich und muss in der voraussichtlich bereits 2020 stattfindenden Volksabstimmung zwingend abgelehnt werden. Andererseits muss das zukünftige Verhältnis zur EU geklärt werden. Im Dezember 2018 kamen die jahrelangen Verhandlungen mit der EU um ein institutionelles Rahmenabkommen (InstA) zum Abschluss. Ein solches Abkommen ist nötig, um den Zugang zum EU-Binnenmarkt langfristig zu sichern. Aus Sicht der FDP ist das Verhandlungsergebnis im Grundsatz gut, aber es braucht noch gewisse Konkretisierungen, da wo der Vertragstext Interpretationsspielraum lässt. Der Bundesrat ist daher aufgefordert, diese Konkretisierungen mit der EU vorzunehmen. Sodann kann er dem Parlament endlich eine Botschaft überweisen. In diesem Fall wird es in der neuen Legislaturperiode zu einer Volksabstimmung kommen. Ob es allerdings soweit kommen wird, hängt nicht nur vom innenpolitischen Willen, sondern auch von der (neuen) EU-Kommission ab. Ist diese gewillt, gewisse Punkte zu konkretisieren und der Schweiz die nötige Zeit für die innenpolitischen Prozesse zuzugestehen? Unabhängig davon wird die FDP weiterhin für den bilateralen Weg kämpfen. Dieser garantiert uns den Zugang zum EU-Binnenmarkt, ohne dass wir der EU beitreten müssen. Der hindernisfreie Zugang zum Binnenmarkt ist ein zentraler Faktor für den Erfolg und die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz, an dem hunderttausende Arbeitsplätze hängen.

II. Nachhaltige Reform der Altersvorsorge

Die FDP will eine sichere und nachhaltige finanzierte Altersvorsorge. Eine sinkende Geburtenrate, tiefe Zinsen und eine steigende Lebenserwartung stellen die Finanzierung der ersten beiden Säulen aber vor grosse Herausforderungen. Der Reformbedarf ist unbestritten. Unter anderem aufgrund der fehlenden Generationengerechtigkeit hat die Fraktion die Reform AV2020 bekämpft und setzt sich seit dem Sieg an den Urnen für eine echte und faire Sanierung der Vorsorgesysteme ein.

› **Bilanz der Legislatur:**

Die Altersvorsorge 2020 vermischte die 1. und die 2. Säule, löste nicht annähernd die finanziellen Probleme der AHV und basierte auf dem Giesskannenprinzip. Eine Reform, die den Generationenvertrag nicht respektiert, war zum Scheitern verurteilt. Trotzdem bestand die Mitte-Links Mehrheit im Parlament darauf, diesen Weg einzuschlagen. Zum guten Glück waren das Volk und die Stände vernünftiger und haben die Vorlage abgelehnt (54%). Einige Monate später skizzierte Bundesrat Berset eine neue Reform anhand der wichtigsten Eckpunkte aus dem Plan B der FDP, der im Rahmen der Volksabstimmung veröffentlicht wurde: zwei getrennte Vorlagen, die Angleichung des Rentenalters auf 65 Jahre sowie dessen Flexibilisierung und eine zusätzliche Finanzierung der AHV über die MwSt. Die neue Reform der 1. Säule, die AHV21, stellt eine gute Arbeitsgrundlage dar und wird diesen Herbst im Parlament zum ersten Mal behandelt. Diese Vorlage ist die 2. Etappe eines dreistufigen Vorgehens. Die Annahme der STAF-Vorlage im Mai 2019 war der erste Meilenstein davon. Eine strukturelle Reform, die 3. Etappe, muss im Laufe der nächsten Legislatur in Angriff genommen werden. Zur Reform der 2. Säule haben die Sozialpartner im Sommer 2019 diverse Vorschläge präsentiert, die als Basis zur bundesrätlichen Vorlage dienen und Anfang 2020 in die Vernehmlassung gehen. Am 4. Mai 2019 haben unsere Delegierte zudem eine Resolution

«[Das Vertrauen in unsere Altersvorsorge wieder herstellen](#)» verabschiedet, in welcher die Partei ihre wichtigsten Forderungen unter anderem für die berufliche Vorsorge auflistet.

› **Ziele der nächsten Legislatur:**

Die Altersvorsorge ist eine der grössten Sorgen der Schweizerinnen und Schweizer und der Handlungsbedarf ist unumstritten. Das Parlament wird sich im Herbst 2019 entsprechend zügig mit der Reform AHV21 befassen. Die FDP wird sich dabei dafür einsetzen, dass die Mehrwertsteuererhöhung deutlich tiefer als die angekündigten 0,7 % ausfällt. Nach der Annahme der STAF ist diese Erhöhung nicht mehr gerechtfertigt. Ein weiteres Schlüsselement der Reform sind die Ausgleichsmassnahmen für die Erhöhung des Rentenalters für Frauen auf 65 Jahre. Diese dürfen nicht so hoch ausfallen, dass sie die erzielten Einsparungen grösstenteils wieder zunichtemachen. Zentral ist, dass die Reform so schnell wie möglich in Kraft tritt und ein klarer Zeithorizont bis Mitte der 2020er Jahre definiert wird. Eine strukturelle Reform, die bereits in der nächsten Legislatur aufgegleist werden soll, muss danach die langfristige Stabilität der AHV gewährleisten. Was die zweite Säule betrifft, so wird sich die FDP in der Reform ab 2020 dafür einsetzen, dass die systemwidrige Umverteilung von Jung zu Alt endlich eingedämmt wird und dass die Kosten für die Arbeitnehmer und die Wirtschaft tragbar bleiben. Der von der Mehrheit der Sozialpartner vorgeschlagene Lösungsansatz bietet eine gute Arbeitsgrundlage. Die Idee eines Rentenzuschlages, der der Einführung von Verteilungskomponenten im BVG entspricht, wirft jedoch einige Fragen auf. Für uns ist klar: Die zweite Säule darf nicht zu einem weiteren Umverteilungsinstrument verkommen.

III. Attraktives steuerliches Umfeld

Im Rahmen des international Möglichen, müssen wir über attraktive Steuern verfügen – sowohl in der Höhe wie auch im Erhebungsprozess. Nur so kann die Ergiebigkeit der Steuern für die öffentliche Hand langfristig garantiert oder gestärkt werden. Um die Eingänge in die Staatskasse im internationalen Wettbewerb zu sichern, müssen strategisch die richtigen Fäden gezogen werden. Das Steuersystem für natürliche Personen muss weiter vereinfacht werden und neue Ideen wie die Individualbesteuerung miteinbeziehen, damit Leistung sich lohnt.

› **Bilanz der Legislatur:**

Im zweiten Durchlauf konnte in dieser Legislatur das Unternehmenssteuersystem doch noch reformiert werden. Dank der überparteilichen Kompromissbereitschaft konnte nach der Niederlage der USR III die zweite Vorlage mehrheitsfähig gestaltet werden, indem eine soziale Kompensation via AHV eingebaut wurde. Mit der STAF-Vorlage werden Steuereinnahmen in Milliardenhöhe gesichert. Diese Legislatur konnten zudem verschiedene Vorlagen verabschiedet werden, welche die internationale Konformität des Schweizer Steuersystems zum Ziele haben (BEPS, Umsetzung Global Forum Empfehlungen, verschiedenen AIA Abkommen). Wir setzten uns jeweils erfolgreich für die Einhaltung des internationalen Standards ein, damit der Wirtschaft in der Schweiz Rechtssicherheit und Stabilität geboten werden kann. Dabei konnten wir einen schädlichen Swiss Finish aber durchwegs verhindern. Bezüglich der Vereinfachung der Mehrwertsteuer mittels Einheitssatz wurde ein erneuter Versuch über eine Fraktionsmotion im Parlament leider erneut abgelehnt. Ebenfalls ohne Erfolg in dieser Legislatur blieb der Versuch der FDP, die Individualbesteuerung einzuführen. Die Initiative gegen die Heiratsstrafe wurde zu Beginn dieser Legislatur zwar vor dem Volk knapp abgelehnt, aber nun ist eine erneute Beratung der Initiative ist aufgrund der falschen Information des Bundesrates zur Anzahl der Betroffenen vorgesehen. Die Argumente gegen die Initiative bleiben aber weiterhin die gleichen: Eine diskriminierende Definition des Ehebegriffs und Verhinderung einer zivilstandesneutralen Besteuerung gilt es abzulehnen.

› **Ziele der nächsten Legislatur:**

Kurz nach der Sicherstellung der internationalen Komptabilität unserer Unternehmensbesteuerung, erscheinen am Horizont bereits die nächsten Herausforderungen. So hat die OECD Massnahmen zur Besteuerung der digitalen Wirtschaft geplant, welche u.a. auch harmonisierende Massnahmen wie eine internationale Mindestbesteuerung von Unternehmen beinhalten, die weitreichende Folgen für die Schweiz haben könnten. Um auf solchen Veränderungen vorbereitet zu sein, muss die Schweiz bestehende steuerliche Wettbewerbsnachteile für die Wirtschaft abbauen, damit wir konkurrenzfähig bleiben. Zu denken ist dabei unter anderem an die angekündigte Reform der Verrechnungssteuer und die gestaffelte Abschaffung der Stempelabgaben. Der Bundesrat ist zudem aufgefordert, eine langfristige Steuerstrategie aufzusetzen, welche die dynamischen Auswirkungen auf die Ergiebigkeit der Steuern für die öffentliche Hand aufzeigen kann ([18.3088](#) Po. FDP-Liberale Fraktion). Für natürliche Personen sollte endlich die Individualbesteuerung eingeführt werden, statt in der Familienbesteuerung Modelle einführen zu wollen, welche neue Benachteiligungen schaffen. Darüber hinaus sollten die Steuern verhältnismässig ausgestaltet bleiben und nicht über Gebühr die Solidarität strapazieren. Die Initiative der JUSO (99% Initiative) wird die Fraktion im Parlament bekämpfen, da Kapital in der Schweiz bereits beträchtlich besteuert wird und Investitionen mit diesem Kapital weiterhin attraktiv bleiben sollen – im Interesse der Schweiz. Leistung muss sich grundsätzlich weiterhin lohnen, ohne dass der Staat zu stark umverteilt. Der Einheitssatz bei der Mehrwertsteuer fordert die FDP weiterhin aus voller Überzeugung, da er eine beträchtliche Entlastung für unsere Wirtschaft bedeuten würde und die administrativen Kosten der Unternehmen deutlich senken könnte.

IV. Freisinnige Lösungen in der Energie-, Klima- und Umweltpolitik

Es liegt in der Verantwortung von uns allen, den künftigen Generationen gut erhaltene, natürliche Lebensgrundlagen zu sichern. Die Auswirkungen unseres Handelns wie der Klimawandel, die schwindende Artenvielfalt aber auch die Gewährleistung der Stromversorgungssicherheit sind bedeutende Herausforderungen. Die Lösungssuche im politischen Alltag ist jedoch geprägt von zu viel Ideologie und zu wenig Pragmatismus. So wird die Kompromissuche zu oft verhindert. Die FDP hat und wird sich auch in Zukunft für zielführende Massnahmen einsetzen, die immer ökologisch, ökonomisch und sozial nachhaltig sind. Nur so sind sie wirksam, finanzierbar und von den Menschen akzeptierbar.

› **Bilanz der Legislatur:**

Eine Mehrheit der FDP wie auch der Stimmbevölkerung sah das erste Massnahmenpaket der Energiestrategie 2050 als eine Chance an. Das hat dazu beigetragen, dass die Änderung des Energiegesetzes im Frühling 2017 an der Urne mit 58% angenommen wurde. Die Basis dafür konnte die FDP in der Beratung im Parlament legen, wo die Vorlage deutlich marktnäher gestaltet wurde. Als wichtigster Erfolg konnte die FDP erreichen, dass die Subventionsmodelle endlich ein Ablaufdatum erhalten haben. Damit wird der Weg frei für marktnahe Strommarktmodelle. Zur Verbesserung der Energieeffizienz von Gebäuden konnte die FDP zudem eine steuerliche Abzugsfähigkeit von energetischen Gebäudesanierungen im Gesetz verankern. Im Unterschied zur Energiestrategie und der erfolgreichen Ratifikation des Pariser Klimaübereinkommens wurde bei der Beratung des CO₂-Gesetzes im Erstrat noch kein breit abgestützter Kompromiss gefunden. Von Links bis Rechts wurde auf Maximalpositionen verharrt, wodurch das für den Klimaschutz so wichtige Gesetz in der Gesamtabstimmung abgelehnt wurde. Das ist gerade im Hinblick auf das rechtzeitige Inkrafttreten der diversen Massnahmen ab 2020 fahrlässig. Mehr Erfolg hatte die FDP bei der wichtigen Verknüpfung der Emissionshandelssysteme zwischen der Schweiz und der EU, die als Teil der Totalrevision des CO₂-Gesetzes bereits in der Umsetzung ist. Dank den Anträgen der FDP

konnte auch der Flugverkehr so in das System integriert werden, dass keine Doppelbelastung mit anderen internationalen Kompensationssystemen resultiert.

› **Ziele der nächsten Legislatur:**

Wie bereits am Ende der 50. Legislatur, wird auch der Anfang der nächsten Legislatur durch die Totalrevision des CO₂-Gesetzes geprägt. Nachdem die UREK-S zuhanden der ständerätlichen Behandlung in der Herbstsession 2019 den Weg für einen tragfähigen Kompromiss vorgespürt hat, gilt es auch in der grossen Kammer einen konstruktiven Beitrag zugunsten des Klimaschutzes zu leisten. Klar ist, dass es dafür Massnahmen im In- und Ausland braucht, die auf Fortschritt, Eigenverantwortung und Kostenwahrheit setzen. Die FDP wird ihren Beitrag dazu leisten und hat sich dazu auch in ihrem kürzlich präsentierten [Positionspapier](#) zur Umwelt- und Klimapolitik bekannt. Das übergreifende Ziel der FDP ist es, in allen Branchen verpflichtende Massnahmen zu formulieren, die aber weiterhin für die Bevölkerung tragbar sind. Das gilt auch für extreme Forderungen wie einem faktischen Verbot von fossilen Treib- und Brennstoffen, die auch in Zukunft von der FDP abgelehnt werden. Denn ignorieren wir die soziale Komponente der Nachhaltigkeit, wird das neue CO₂-Gesetz mit ganz grosser Wahrscheinlichkeit in einer allfälligen Referendumsabstimmung abgelehnt und wir stehen vor einem Scherbenhaufen. Neben der Klimapolitik werden in der Energiepolitik wichtige Weichenstellungen vollzogen. Die FDP wird sich dafür einsetzen, dass die vollständige Strommarktöffnung vorangetrieben wird. Damit kann einerseits eine wichtige Voraussetzung für den Abschluss eines Stromabkommens mit der EU erfüllt werden. Andererseits wird eine langjährige Marktverzerrung im Strommarkt behoben, wodurch auch kleinere Stromkonsumenten von einer freien Wahl des Stromanbieters und tieferen Preisen profitieren können. Zudem muss bereits vor Ende der nächsten Legislatur die Zukunft unseres Strommarktmodelles definiert werden. Hier gilt es ein möglichst technologieneutrales Modell zu finden, dass die Versorgungssicherheit der Schweiz garantiert und gleichzeitig das Erreichen unserer Klimaziele nicht torpediert.

Anhang I

I. Weitere Erfolge der Legislatur

- › **Harte, aber faire Migrationspolitik:** Das Parlament hat in der auslaufenden Legislaturperiode eine umfangreiche Revision des Ausländer- und Integrationsgesetz vorgenommen. Dabei wurden mehrere Vorstösse der FDP zugunsten einer „harten, aber fairen Einwanderungspolitik“ umgesetzt. Das revidierte Ausländergesetz definiert klare Integrationskriterien und schränkt die Einwanderung in die Sozialwerke ein. Der Familiennachzug wird als Folge der ausländerrechtlichen Anpassungen nur noch gewährt, wenn sich die Leute wirtschaftlich selbst unterhalten können, d.h. wenn sie weder Sozialhilfe noch Ergänzungsleistungen beziehen und über eine genügend grosse Wohnung verfügen. Zudem kann mangelnde Integration neu den Entzug oder die Rückstufung einer Aufenthaltsbewilligung zur Folge haben. Ausserdem hiess die Bevölkerung in der ablaufenden Legislaturperiode das neu strukturierte Asylgesetz gut, mit dem die Asylverfahren beschleunigt und in Bundeszentren durchgeführt werden. Die Beschleunigung, die am 1. März 2019 in Kraft trat, entspricht ebenfalls einer langjährigen Forderung der FDP.
- › **Ablehnung der Selbstbestimmungsinitiative (SBI):** Anders als man aufgrund der umstrittenen Debatte über die Selbstbestimmungsinitiative im Parlament und in der Öffentlichkeit hätte erwarten können, lehnte das Stimmvolk die Initiative sehr klar mit 66,2% ab. Die Volksinitiative wollte den Vorrang von Schweizer Recht gegenüber Völkerrecht in der Verfassung verankern. Die FDP hat von Anfang an darauf hingewiesen, dass die SBI das komplexe juristische Verhältnis von Landes- und Völkerrecht nicht aufzulösen vermag und nicht umsetzbar ist. Die einfachen Rezepte der Initianten hätten lediglich zu massiver Rechtsunsicherheit geführt.
- › **Kostensenkung im Gesundheitswesen:** Bundesrat Berset wollte die Prämienregionen neu gestalten, was zu einer Subventionierung der städtischen durch ländliche Regionen geführt hätte. Die FDP hat sich gegen diese Versuche im Parlament erfolgreich gewehrt. Die Vorlage ist nun weg vom Tisch und die aktuellen Prämienregionen werden weiterhin beibehalten. Zudem hat der Vorsteher des eidgenössischen Departements des Innern versucht, die Prämienrabatte für Versicherte zu senken, die sich für eine höhere Franchise entscheiden und somit ein höheres finanzielles Risiko eingehen. Die FDP-Fraktion hat sich auch gegen diese Vorlage erfolgreich gewehrt, weil sie genau die Versicherte benachteiligt hätte, die eigenverantwortlich handeln.
- › **Reform der Ergänzungsleistungen:** In der im März 2019 angenommene Reform der Ergänzungsleistungen (EL) konnte die FDP eine ihrer wichtigsten Forderungen einbringen: Die Menschen, die mehr als 100'000 Franken (200'000 für Paare) besitzen, dürfen keine EL erhalten. Die EL erfüllt damit ihre eigentliche Funktion und zwar eine gezielte Unterstützung für Diejenigen, die es wirklich benötigen. Zudem hat die FDP erfolgreich die bundesrätlichen Wünsche bekämpft, die die Kapitalbezüge in der 2. Säule beschränken wollten. So können Angestellte, die sich selbstständig machen möchten, weiterhin davon profitieren, ihre 2. Säule als Kapitalbezug zu beziehen.
- › **Überwachung von Versicherten:** Die Stimmberechtigten haben am 25. November 2018 die Gesetzliche Grundlage für die Überwachung von Versicherten deutlich angenommen (64,7%), um Versicherungsmissbräuche wirksam zu bekämpfen. Nur bei dringendem Verdacht und als letztes Mittel dürfen Sozialversicherungen Überwachungen unter klaren Vorgaben durchführen. Die FDP hatte sich im Abstimmungskampfes für ein Ja eingesetzt, weil die Glaubwürdigkeit unserer Sozialversicherungen davon abhängt, dass sie Missbräuche wirksam bekämpfen können. Offensichtlich existieren diese Missbräuche bei der SP nicht – oder noch schlimmer: Sie stellen für sie kein Problem dar. Deshalb hat sie diese Vorlage mit einer Angst-Kampagne bekämpft.

- › **Bahn- und Strasseninfrastruktur:** Am 12. Februar 2017 ist das Volk erneut mehrheitlich (62%) der Parole der FDP gefolgt und hat der Schaffung des Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrsfonds (NAF) zugestimmt. Dieser Fonds soll den Ausbau und den Unterhalt des schweizerischen Nationalstrassennetzes sicherstellen. Bereits in ihrem Positionspapier «[Mobilität so gut wie eine Schweizer Uhr](#)» von 2013 hatte die FDP einen solchen Fonds für die Nationalstrassen gefordert, der sich an dem vom Volk angenommenen Fonds für die Finanzierung der Bahninfrastruktur (FABI) von 2014 orientiert. Die FDP hatte sich im Parlament dafür eingesetzt, um einen Kompromiss zu finden, der nicht nur ein Grossteil der Parteien sondern auch die betroffenen Verkehrsorganisationen zufriedenstellte. Es ist der FDP zudem gelungen, ihre Forderung zur Erhöhung des Anteils der Mineralölsteuereinnahmen zugunsten der Strasse durchzubringen. Im letzten Jahr der laufenden Legislatur hat das Parlament zudem drei wichtige Pakete zur Finanzierung von Infrastrukturprojekten durch die obengenannten Fonds verabschiedet. Einerseits werden bis 2035 fast 13 Mrd. Franken freigegeben, um die Schienenüberlastung zu verringern. Andererseits werden rund 14 Mrd. Franken in den Erhalt und die Anpassung des Strassennetzes investiert. Schliesslich ist bereits absehbar, dass in der Herbstsession 2019 beide Räten einer Co-Finanzierung von Infrastrukturprojekten in städtischen Gebieten von rund 1,4 Mrd. Franken zustimmen.
- › **Fortschritte bei der Verwaltungsdigitalisierung:** Die FDP-Fraktion hat sich mit mehreren Vorstössen für den Ausbau von E-Government stark gemacht. So hat sich die Fraktion schon früh in den Prozess um die Schaffung einer E-ID eingebracht und ihre Forderung nach einer staatlich-privaten Ausgestaltung erfolgreich durch das Parlament gebracht. Die E-ID wird in Zukunft die Grundlage für viele weitere (E-Gov und private) Anwendungen sein. Weitere Erfolge verbuchte die FDP etwa mit der Forderung nach der Digitalisierung des Dienstbüchleins oder mit dem Voranbringen der digitalen Signatur innerhalb der Verwaltung. Am Scheideweg steht hingegen das E-Voting, das aufgrund von Sicherheitsmängeln politisch unter Druck steht. Die FDP steht klar zur Einführung von E-Voting, aber getreu dem Motto „Sicherheit vor Tempo“. Eben diese Forderung haben wir per parlamentarische Initiative auf die politische Agenda gesetzt und der Bundesrat hat sich ihr mittlerweile angeschlossen.
- › **Genug Mittel für den BFI-Bereich:** Der Erfolg unseres Landes beruht auf einem hochrangigen und arbeitsmarktbezogenen Bildungssystem. Die Diskussionen in beiden Räten zur BFI-Botschaft wurden durch das Abwägen zwischen zwei Prioritäten geprägt: Zum einen müssen ausreichende Mittel für den BFI-Bereich sichergestellt werden und zum anderen muss der vorgesehene Finanzierungsrahmen eingehalten werden. Die FDP hat sich schliesslich erfolgreich für einen Kompromiss zwischen erhöhten Ausgaben und einer sparsamen Haushaltsführung eingesetzt. Die Wettbewerbsfähigkeit der Forschung und Innovation zu erhalten und gleichzeitig einen soliden Finanzhaushalt zu gewährleisten, können damit erreicht werden.
- › **Scheitern der Aktienrechtsrevision verhindert:** Die Kernanliegen der Aktienrechtsrevision sind die Modernisierung und Vereinfachung des Aktienrechts. Eine erfolgreiche Umsetzung dieser Bestrebungen ist für die Standortattraktivität der Schweiz von grosser Bedeutung. Bei seiner ersten Behandlung im Ständerat in der Wintersession 2018 wäre die Vorlage beinahe gänzlich gescheitert. Ein Nichteintreten des Ständerats konnte nur verhindert werden, indem auf Antrag der FDP die Vorlage nochmals zur Überarbeitung an die Kommission zurückgewiesen wurde. In der Kommission des Ständerats konnte die Vorlage unter Federführung der FDP wesentlich verbessert und zahlreiche Kompromisse gefunden werden. Damit wurde die Umsetzung der „Abzockerinitiative“ über die VegüV mehr oder weniger unverändert ins Gesetz übernommen.
- › **Verstärkung der Cyberabwehr:** Die FDP hat sich die Verstärkung der Cyberabwehr auf die Fahne geschrieben. Aus dem FDP-Fraktionsseminar 2017 resultierten zwei Vorstösse in dieser

Hinsicht: einer verlangt den Aufbau eines zivilen Cyber-Kompetenzzentrums, der andere den Aufbau eines militärischen Cyber-Kommandos. Beide Vorstösse wurden vom Parlament mit grossem Mehr angenommen und an den Bundesrat überwiesen. Dieser steht nun in der Pflicht, die nötigen Schritte zur Umsetzung zu veranlassen.

- › **Schlankes FIDLEG/FINIG verabschiedet:** Die FDP hat sich erfolgreich dafür eingesetzt, dass das Parlament eine schlanke Vorlage verabschiedet, damit im Bereich der Finanzdienstleistungen der Kundenschutz gestärkt, internationale Gepflogenheiten befolgt und auch für gleich lange Spiesse unter den Finanzdienstleistern gesorgt wird. Gleiche Produkte oder gleiche Dienstleistungen sollen gleichen Regeln unterstehen.
- › **Schuldenbremse verteidigt:** Mit dem Einsatz der FDP konnte das Parlament 2017 ein Stabilisierungsprogramm verabschieden, welches dem Ausgabenwachstum des Bundes gewisse Schranken setzt. Die Schuldenbremse muss unbedingt auch in Zukunft eingehalten werden. Die FDP hat daher im November 2017 ein [Positionspapier](#) mit Forderungen im Bereich der Finanzpolitik vorgestellt. Die FDP hat sich auch im Bundesrat dafür eingesetzt, dass die Schuldenbremse nicht geschwächt wird, indem Budgetüberschüsse für Mehrausgaben verwendet werden könnten.
- › **Ernährungssicherheit gestärkt ohne schädliche Experimente:** Der Verfassungsartikel zur Ernährungssicherheit wurde mit Unterstützung der FDP an der Urne angenommen. Vernünftigerweise wurden aber die agrarpolitischen Initiativen zu Ernährungssouveränität und Fair-Food daraufhin vom Volk abgelehnt. Diese hätten die Agrarpolitik der Schweiz eingeschränkt, planwirtschaftlich ausgerichtet und die Ernährungssicherheit in der Folge geschwächt. Auch die Hornkuh-Initiative wäre über das Ziel hinausgeschossen und wurde vom Volk abgelehnt.

II. Weitere Ziele der nächsten Legislatur

- › **Gesundheitspolitik:** Das vom Bundesrat vorgelegte erste Massnahmenpaket zur Bekämpfung der steigenden Gesundheitskosten ist ein Schritt in die richtige Richtung. Es müssen jedoch ambitioniertere Massnahmen ergriffen werden. Dazu müssen alle Akteure einen Betrag leisten. Die FDP wird sich weiterhin gegen eine schleichende Einführung eines Globalbudgets «durch die Hintertür» einsetzen. Dieses Instrument, das von der CVP in einer Volksinitiative gefordert wird, würde zu einer starken Rationierung der Leistungen führen. Die sogenannte «10%»-Initiative wiederum, die von der SP lanciert wurde, würde den Anstieg der Gesundheitskosten einfach auf die Gemeinschaft überwälzen. Im Unterschied dazu schlägt die FDP in ihrem aktuellen Positionspapier [«Neuer Schwung für das Schweizer Gesundheitssystem»](#) eine Reihe von ernsthaften Massnahmen vor, die auf drei Pfeiler setzen. Erstens müssen Transparenz und Qualität der Leistungen gestärkt werden. Zweitens müssen endlich die strukturellen Probleme im Gesundheitswesen beseitigt werden, insbesondere im Hinblick auf die Finanzierungsströme. Schließlich erfordert die Senkung der Gesundheitskosten auch eine stärkere Beteiligung der Patienten am Entscheidungsprozess.
- › **Gesundheit – Modernisierung der Finanzierung:** Eine einheitliche Finanzierung der ambulanten und stationären Behandlungen würde endlich Fehlanreize beseitigen und damit rund eine Milliarde Franken einsparen. Die Linke stellt sich dagegen und will offensichtlich nichts für die Entlastung der Prämienzahler unternehmen. Diese Reform muss zwingend in der nächsten Legislaturperiode umgesetzt werden. Den Versicherten muss ein starkes Signal gegeben werden: Es ist nach wie vor möglich, Reformen im Gesundheitswesen durchzuführen, die die Kosten effektiv senken, ohne die Qualität der Dienstleistungen zu beeinträchtigen.
- › **Revision der Invalidenversicherung:** Das Parlament wird die laufende Revision des Invalidenversicherungsgesetzes zügig abschliessen müssen. Das Ziel der Vorlage wird von der FDP geteilt:

in Zusammenarbeit mit den beteiligten Akteuren eine angemessene und koordinierte Unterstützung für Kinder, Jugendliche und Versicherte anzubieten, die psychisch erkrankt sind, um ihr Rehabilitationspotenzial zu stärken und sie wieder besser vermitteln zu können. Diese Massnahmen werden jedoch nicht ausreichen, um die IV, die gegenüber der AHV weiterhin Schulden von rund 10 Milliarden Franken hat, zu sanieren. Daher müssen auch strukturelle Massnahmen ergriffen werden. Eine davon ist die Anpassung der Familienzulagen für Eltern, die eine IV-Rente erhalten. Die Finanzen der IV müssen zwingend stabilisiert werden, um ihr Fortbestehen zu sichern.

- › **Datenschutz:** Schon seit Mitte der ablaufenden Legislatur behandelt die Staatspolitische Kommission des Nationalrats die Totalrevision des Datenschutzgesetzes. Aufgrund der hohen Komplexität der Materie sowie einer verzögernden Aufteilung der Vorlage (Schengen-DSG und Totalrevision DSG) nimmt die Beratung sehr viel Zeit in Anspruch. Aus Sicht der FDP geht es darum, ein mit der EU gleichwertiges Datenschutzrecht herzustellen, um Doppelspurigkeiten für die Unternehmen zu verhindern. Dabei ist auf einen „swiss finish“ zu verzichten. Die Krux an der Geschichte ist, ein für die Bevölkerung gutes Datenschutzniveau herzustellen ohne die Unternehmen zu stark mit zu aufwändigen Vorschriften unnötig zu gängeln.
- › **Terrorismusbekämpfung:** Die hohe Zustimmung der Bevölkerung zum neuen Nachrichtendienstgesetz 2016 war ein wichtiger Schritt hin zur konsequenteren Bekämpfung von Terrorismus. Hingegen zögerte die vormalige Chefin des EJPD lange, bis sie der langjährigen FDP-Forderung nach einem griffigen strafrechtlichen Instrumentarium nachkam und dem Parlament eine entsprechende Vorlage vorlegte. Der Entwurf dieser Vorlage, mit dem auch Vorfeldtaten unter Strafe gestellt werden (was einer Kernforderung der FDP entspricht), ist derzeit in der Kommission hängig und wird in der ersten Hälfte der neuen Legislatur verabschiedet werden.
- › **Erneuerung der Luftverteidigung:** Die im Einsatz stehenden Mittel der Luftverteidigung sind veraltet. Dieser Befund gilt sowohl für die Kampfflugzeuge wie auch für die bodengestützte Luftabwehr (Bodluf). In der nächsten Legislatur steht der (hoch emotionale) politische Prozess zur Erneuerung der Luftverteidigung an. Zu reden gibt dabei vor allem das Kampfflugzeug, während Bodluf unbestritten ist. Über das erstere, das Flugzeug, wird sich im Verlauf der kommenden Legislaturperiode auch die Bevölkerung äussern können, sofern das Referendum gegen den Kauf neuer Kampfflugzeuge zu Stande kommen wird. Die FDP wird sich im Parlament selbstverständlich klar für die Beschaffung neuer Luftverteidigungsmittel mit einem genügend hohen Budgetrahmen einsetzen. Die Erneuerung der Luftverteidigung ist eine sicherheitspolitische Notwendigkeit.
- › **Realistische und marktorientierte Agrarpolitik:** Die neue Agrarpolitik 22+ steht vor der Tür; die Botschaft sollte demnächst in den parlamentarischen Prozess eintreten. Herausforderung wird sein, die Agrarpolitik marktorientierter auszugestalten, ohne den Selbstversorgungsgrad der Schweiz zu schwächen. Für die FDP liegt die Zukunft der Schweizer Landwirtschaft in einer qualitativ hochstehenden Produktion in einem liberalisierten und wettbewerbsfähigen Umfeld. Landwirtschaftliche Volksinitiativen (Trinkwasser, Pestizid), welche sich bereits im parlamentarischen Prozess befinden, verfolgen richtige Ziele, welche jedoch über die Initiativen zu extrem verfolgt werden und damit riskieren, das ganze System zu gefährden. Wir werden uns daher dafür einsetzen, dass die Verbesserung der Qualität des Trinkwassers, die Reduktion der Risiken von Pflanzenschutzmitteln sowie die Steigerung des Tierwohls und der Biodiversität über andere, gezielte Massnahmen erreicht wird.
- › **Arbeitsrecht flexibilisieren und an den Realitäten der Digitalisierung anpassen:** Im Prozess befindlich sind noch verschiedene parlamentarische Initiativen der FDP, welche das Arbeitsrecht flexibilisieren und an die Realitäten der Digitalisierung anpassen sollen ([16.423](#) Parlamentarische

Initiative. Keller-Sutter. Ausnahme von der Arbeitszeiterfassung für leitende Angestellte und Fachspezialisten; [16.484](#) Parlamentarische Initiative. Burkart. Mehr Gestaltungsfreiheit bei Arbeit im Homeoffice;). Auch die Herausforderungen von Plattformbeschäftigten müssen praxisnah und flexibel gelöst werden, um digitalen Geschäftsmodellen und ihren Beschäftigten Rechtssicherheit zu bieten ([17.4087](#) Postulat. FDP-Liberale Fraktion).

- › **Mehr Wettbewerb statt Regulierung gegen die Hochpreisinsel:** Die Fair-Preis Initiative versucht über mehr staatliche Regulierung die Preise in der Schweiz zu senken und befindet sich zusammen mit dem indirektem Gegenvorschlag des Bundesrates in der nächsten Legislatur im parlamentarischen Prozess. Wir werden uns gegen diese Initiative einsetzen und dafür, dass der Wettbewerb gestärkt wird, was sowohl die Preise senkt wie auch das Angebot und die Qualität steigert. Mehr Regulierung hat nur kontraproduktive Auswirkungen, verschlechtert die Marktlage und kostet den Konsumenten schlussendlich mehr als das sie nützt.
- › **International konform ohne Swiss finish in der Finanzmarktregulierung:** Der Finanzmarkt wird weiter reguliert, getrieben durch die internationale Entwicklung, aber auch durch nationale Anpassungen. Für die FDP ist wichtig, dass unser Finanzmarkt international wettbewerbsfähig bleibt, was einerseits erfordert, dass wir konform sind mit dem internationalen Standard. Andererseits darf unser Finanzplatz nicht übergebührend belastet werden durch einen schädlichen Swiss Finish auf internationaler Regulierung oder durch hausgemachte Regulierung. Bei den diversen kommenden Gesetzes- und Verordnungsanpassungen werden wir uns dahingehend einsetzen (u.a. Änderung des Bankengesetzes sowie Änderung Eigenmittelverordnung).
- › **Gesunde Staatsfinanzen mit Spielraum für relevante, zukunftssträchtige Investitionen:** Der finanzielle Spielraum wird die nächsten Jahre abnehmen und daher muss jetzt gehandelt werden. So wird eine Vorlage des Bundesrates erwartet, um den Anteil der gebundenen Ausgaben zu senken. Auch haben sich Bund und Kantone dafür ausgesprochen, die Aufgabenteilung zu überprüfen. Wie üblich werden wir uns in der Budgetberatung für das Einhalten der Schuldenbremse einsetzen.
- › **Schädliche Konzernverantwortungsinitiative ablehnen:** Für die FDP ist wichtig, dass Schweizer Unternehmen verantwortungsvoll handeln. Dieses Ziel verfolgt auch die Konzernverantwortungsinitiative (KVI). Doch bei einer Volksinitiative sind nicht die Ziele entscheidend, sondern die konkreten Instrumente, die sie in der Verfassung verankern will. Bei der KVI sind die Instrumente nicht nur unnötig, sondern sogar kontraproduktiv und bergen ein hohes Schadenspotential. Die Initiative in der Volksabstimmung abzulehnen, wird daher eines der ersten Aufgaben der neuen Legislatur sein. Falls zudem ein Gegenvorschlag gefunden werden kann, welcher der Wirtschaft nicht ungebührend schadet und die Initianten zugleich zum Rückzug der Initiative bewegt, so wird die FDP einen solchen unterstützen.
- › **Modernisierungen des Zivilrechts:** Mit der anstehenden Revision des Erbrechts sowie mit der parlamentarischen Initiative «Ehe für alle» stehen wichtige, teils überfällige Anpassungen des Zivilrechts an die gesellschaftlichen Entwicklungen an. Die FDP wird sich dafür einsetzen, diese zivilrechtlichen Liberalisierungen erfolgreich durchzuführen.
- › **Forschungs- und Innovationsstandort Schweiz sichern:** Die Schweiz ist weltweit führend in Bildung, Forschung und Innovation (BFI), trotzdem ist der BFI-Standort Schweiz derzeit stark herausgefordert. Einerseits macht die Digitalisierung Anpassungen der Bildung und Forschung notwendig. Andererseits verschärft sich der internationale Wettbewerb aufgrund enormer Investitionen vor allem asiatischer Volkswirtschaften zusehends. Die FDP wird sich dafür einsetzen, dass die wichtige Vollarsoziierung der Schweiz an Horizon Europe gewährleistet ist und die BFI-Mittel des Bundes effizient und effektiv eingesetzt werden, damit die Schweiz die Herausforderungen meistern und ihre Spitzenposition als Forschungs- und Innovationsplatz beibehalten kann.

Anhang II

Von der FDP-Fraktion eingereichte Vorstösse

Die FDP hat in dieser Legislatur diverse Factsheets, Positionspapier oder Resolutionen verabschiedet und sich am Anfang der Legislatur auch konkrete Ziele gesetzt. Diese Inhalte hat die FDP-Liberale Fraktion auf verschiedene Art und Weise in den parlamentarischen Prozess eingebracht. Neben der Prägung von diversen Gesetzesvorlagen nahm die FDP sehr gezielt über parlamentarische Vorstösse Einfluss auf die nationale Politik – und das mit grossem Erfolg.

„Qualität geht vor Quantität“ ist die passende Devise für die eingereichten Vorstösse der FDP: Von 20 durch die Fraktion eingereichten Motionen, Postulaten oder Parlamentarischen Initiativen wurden bereits 8 von beiden Kammern angenommen. Das entspricht doch einer beachtlichen Erfolgsquote von 40%. Vor allem wenn man bedenkt, dass einige dieser Vorstösse noch gar nicht behandelt wurden. Betrachtet man nur die vom Parlament behandelten Vorstösse, dann erreichen die Fraktionsvorstösse sogar eine Erfolgsquote von 50%.

Anbei drei Beispiele für wichtige Vorstösse, die bereits an den Bundesrat überwiesen wurden:

- › **16.3360 Mo. Mit einer Regulierungsbremse den Anstieg der Regulierungskosten eindämmen:** Trotz ablehnender Haltung des Bundesrates hat sich das Parlament in beiden Kammern nach sehr langer Beratungsdauer dazu bekannt, eine Regulierungsbremse einzuführen. Damit müssen neue Gesetze oder Gesetzesänderungen analog zur Ausgabenbremse vom Parlament durch ein qualifiziertes Mehr erreichen, um umgesetzt zu werden.
- › **17.3049 Mo. Digitalisierung. Weg frei für automatisierte und selbstfahrende Fahrzeuge:** Mit der Annahme durch beide Räte erhält der Bundesrat die Möglichkeit, die gesetzgeberische Flexibilität zu schaffen, um zeitnah mit den technischen Entwicklungen und im Gleichschritt mit dem internationalen Rechtsrahmen die notwendigen regulatorischen Anpassungen vornehmen zu können.
- › **17.3607 Mo. Regelmässige Tarifpflege im KVG. Gute Qualität bei bezahlbaren Kosten:** Mit der Annahme dieser Motion hat das Parlament den Bundesrat zu Ausarbeitung einer Vorlage beauftragt, damit der Tarmed von den Tarifpartnern regelmässig angepasst und weiterentwickelt wird. Angesichts der vorherrschenden Verhandlungsblockade braucht es endlich eine Anpassung des Genehmigungsverfahrens.

Die Auflistung aller von der Fraktion eingereichten Vorstösse in dieser Legislatur ist auf der nächsten Seite zu finden.

Eingereichte Vorstösse:

Motionen, Interpellationen, Postulate, Anfragen, eingereichte Initiativen

2019

Frühlingsession (04.03. – 22.03.19)

19.3157	Ip. Wie weiter im Szenario "verspätete Inkraftsetzung Totalrevision CO2-Gesetz"?
-------------------------	--

Sommersession (03.06. – 21.06.19)

19.3686	Ip. Tallinn Deklaration zu eGovernment: Wo steht die Schweiz heute und was ist zu tun?
-------------------------	--

2018

Frühlingsession (26.02. – 16.03.18)

18.3024	D.Ip. Staatsnahe Unternehmen. Welche Rahmenbedingungen braucht es, um weitere Fälle wie bei PostAuto Schweiz zu vermeiden?
18.3088	Po. Tiefe Steuerbelastung füllt die Staatskassen. Langfristige Steuerstrategie im Interesse der Schweiz

Herbstsession (10.09. – 28.09.18)

18.3734	D.Ip. Welche Tragweite hat die Änderung der Kriegsmaterialverordnung und wie steht es um die Exportbewilligungspraxis der Behörden?
18.3743	D.Ip. Wie weiter mit dem institutionellen Marktzugangs-Abkommen mit der EU?
18.3783	Po. Effizienzsteigerung beim Bund durch intelligente Prozessautomatisierung in der Verwaltung

Wintersession (26.11. – 14.12.18)

18.4180	Mo. Pflegesparkonto - Finanzierungsinstrument des 21. Jahrhunderts
18.4181	Mo. Mehr qualitativer und quantitativer Wettbewerb im Spitalbereich dank Wahlfreiheit der Patienten

2017

Frühlingsession (27.2. – 17.3.17)

17.3049	Mo. Digitalisierung. Weg frei für automatisierte und selbstfahrende Fahrzeuge
17.3083	Mo. Digitalisierung. Eine elektronische Identität für den landesweiten Bürokratieabbau

Sommersession (29.5. – 16.6.17)

17.1040	Anfrage Ausbau der Mobilfunknetze für die Digitalisierung der Schweiz
17.3607	Mo. Regelmässige Tarifpflege im KVG. Gute Qualität bei bezahlbare Kosten

Wintersession (27.11. – 15.12.17)

17.4087	Po. Digitalisierung. Ein neuer Status für den Arbeitsmarkt?
-------------------------	---

2016

Frühlingsession (29.2. – 18.3.16)

16.3110	Mo. Krankenversicherung. Regelmässige Anpassung der Franchisen
16.3111	Mo. Wahlfreiheit und Eigenverantwortung stärken. Maximalfranchise in der OKP erhöhen
16.3112	Mo. Krankenversicherung. Mindestfranchise in der Krankenversicherung endlich anpassen
16.402	Pa.Iv. Legislaturplanung. Abschaffung unnötiger Kosten im Parlamentsbetrieb

Sommersession (30.5. – 17.6.16)

16.3360	Mo. Mit einer Regulierungsbremse den Anstieg der Regulierungskosten eindämmen
16.3403	Ip. Stand Integrationsvereinbarungen für Zugewanderte aus Drittstaaten
16.3404	Ip. Wo bleibt der Bericht zum Status vorläufig Aufgenommener?
16.3451	Mo. Teuerung nur ausgleichen, wenn es eine Teuerung gibt

Herbstsession (12.9. – 30.9.16)

16.3749	Mo. Zukunft der Energie- und Klimapolitik. Bereinigung bestehender Systeme
16.3750	Po. Zukunft der Energie- und Klimapolitik. Neues Marktmodell zur Sicherung der Stromproduktion in der Schweiz
16.3751	Mo. Zukunft der Energie- und Klimapolitik. Flexibilisierung der neuen CO2-Gesetzgebung
16.3752	Mo. Gegen Doppelspurigkeiten im Datenschutz

Wintersession (28.11. – 16.12.16)

16.3985	Mo. Regulierungskontrollbehörde soll auch bestehende Regulierung überprüfen können
16.4002	Ip. Verkehrsperspektiven 2040. Wo bleibt die Digitalisierung im Referenzszenario?
16.4003	Ip. Digitalisierung. Datenstandort Schweiz nicht gefährden
16.4011	Mo. Digitalisierung. Keine Doppelspurigkeiten bei der Datenerhebung

2015

Wintersession (30.11. – 18.12.15)

15.4137	Ip. Behördenkampagnen. Agenda und Hintergründe?
15.4138	Ip. Überflüssiges Programm Energieeffizienz in KMU

Anhang III

Volksabstimmungen der 50. Legislatur

1.1. Zusammenfassung

Anzahl Volksentscheide im Sinne der FDP Parole	31
Anzahl Volksentscheide gegen die FDP Parole	2
Prozentual gewonnene Volksentscheide	93,9 %

1.2 Gewonnene Volksabstimmungen

- › **Bundesgesetz über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung (STAF):**
Annahme mit 66,4%
- › **Bundesbeschluss über die Genehmigung und die Umsetzung des Notenaustauschs zwischen der Schweiz und der EU betreffend die Übernahme der Richtlinie (EU) 2017/853 zur Änderung der EU-Waffenrichtlinie (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands):**
Annahme mit 63,7%
- › **Volksinitiative «Zersiedelung stoppen - für eine nachhaltige Siedlungsentwicklung (Zersiedelungsinitiative)»:**
Ablehnung mit 63,7%
- › **Volksinitiative «Für die Würde der landwirtschaftlichen Nutztiere (Hornkuh-Initiative)»:**
Ablehnung mit 54,7%
- › **Volksinitiative «Schweizer Recht statt fremde Richter (Selbstbestimmungsinitiative)»:**
Ablehnung mit 66,2%
- › **Änderung des Bundesgesetzes über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (ATSG) (Gesetzliche Grundlage für die Überwachung von Versicherten):**
Annahme mit 64,7%
- › **Bundesbeschluss über die Velowege sowie die Fuss- und Wanderwege (direkter Gegenentwurf zur Volksinitiative «Zur Förderung der Velo-, Fuss- und Wanderwege [Velo-Initiative]»):**
Annahme mit 73,6%
- › **Volksinitiative «Für gesunde sowie umweltfreundlich und fair hergestellte Lebensmittel (Fair-Food-Initiative)»:**
Ablehnung mit 61,3%
- › **Volksinitiative «Für Ernährungssouveränität. Die Landwirtschaft betrifft uns alle»:**
Ablehnung mit 68,4%
- › **Volksinitiative «Für krisensicheres Geld: Geldschöpfung allein durch die Nationalbank! (Vollgeld-Initiative)»:**
Ablehnung mit 75,7%
- › **Bundesbeschluss über die neue Finanzordnung 2021**
Annahme mit 84,1%
- › **Volksinitiative «Ja zur Abschaffung der Radio- und Fernsehgebühren (Abschaffung der Bilag-Gebühren)»:**
Ablehnung mit 71,6%
- › **Bundesbeschluss über die Ernährungssicherheit (direkter Gegenentwurf zur Volksinitiative «Für Ernährungssicherheit»):**
Annahme mit 78,7%
- › **Bundesbeschluss über die Zusatzfinanzierung der AHV durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer:**
Ablehnung mit 50,0%

- › **Bundesgesetz über die Reform der Altersvorsorge 2020**
Ablehnung mit 52,7%
- › **Energiegesetz (EnG) (erstes Massnahmenpaket der Energiestrategie 2050):**
Annahme mit 58,2%
- › **Bundesbeschluss über die erleichterte Einbürgerung von Personen der dritten Ausländergeneration:**
Annahme mit 60,4%
- › **Bundesbeschluss über die Schaffung eines Fonds für die Nationalstrassen und den Agglomerationsverkehr:**
Annahme mit 61,9%
- › **Volksinitiative «Für den geordneten Ausstieg aus der Atomenergie (Atomausstiegsinitiative)»:**
Ablehnung mit 54,2%
- › **Volksinitiative «Für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft (Grüne Wirtschaft)»:**
Ablehnung mit 63,6%
- › **Volksinitiative «AHVplus: für eine starke AHV»**
Ablehnung mit 59,4%
- › **Bundesgesetz über den Nachrichtendienst (Nachrichtendienstgesetz, NDG):**
Annahme mit 65,5%
- › **Volksinitiative «Pro Service public»:**
Ablehnung mit 67,6%
- › **Volksinitiative «Für ein bedingungsloses Grundeinkommen»:**
Ablehnung mit 76,9%
- › **Volksinitiative «Für eine faire Verkehrsfinanzierung»:**
Ablehnung mit 70,8%
- › **Änderung des Bundesgesetzes über die medizinisch unterstützte Fortpflanzung (Fortpflanzungsmedizinengesetz, FMedG):**
Annahme mit 62,4%
- › **Änderung des Asylgesetzes (AsylG):**
Annahme mit 66,8%
- › **Volksinitiative «Für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe»:**
Ablehnung mit 50,8%
- › **Volksinitiative «Zur Durchsetzung der Ausschaffung krimineller Ausländer (Durchsetzungsinitiative)»:**
Ablehnung mit 58,9%
- › **Volksinitiative «Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln!»:**
Ablehnung mit 59,9%
- › **Änderung des Bundesgesetzes über den Strassentransitverkehr im Alpengebiet (STVG) (Sanierung Gotthard-Strassentunnel):**
Annahme mit 57,0%

1.3 Verlorene Volksabstimmungen

- › **Bundesgesetz über Geldspiele (Geldspielgesetz, BGS):**
Annahme mit 72,9%
- › **Bundesgesetz über steuerliche Massnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmenstandorts Schweiz (Unternehmenssteuerreformgesetz III):**
Ablehnung mit 59,1%